



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus
90403 Nürnberg

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg**

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46,47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Schula / Integr K

OBERBÜRGERMEISTER		
2 8. AUG. 2009 / Nr.		
3.37	1 Zur Kls.	3 Zur Stellungnahme
	2 z.w.V.	4. Antwort vor Ab- sendung vorlegen
		5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen



Kopie Maly

Starterklassen

Nürnberg, den 27.8.2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im März 2009 wurde angekündigt, dass in Nürnberg sogenannte "Starterklassen" eingerichtet werden sollen. Mit verstärkter Einbindung der Eltern ist das Ziel „mehr Sprachförderung, Verbesserung der Motorik, aber auch die Vermittlung von Kenntnissen über andere Kulturkreise“. Der Aufbau dieser Klassen sollte vom Freistaat finanziell unterstützt werden.

Bereits im Juli 2005 war die „Starterklasse“ Thema im Schulausschuss mit einem Beschluss zur Hinwirkung bei der Staatsregierung auf die Einrichtung eines Modellversuches (siehe Anlage).

Wir bitten um einen Bericht im Schulausschuss und in der Integrationskommission:

Welches Ergebnis haben die Verhandlungen mit dem Freistaat gebracht? Werden an Nürnberger Schulen und/oder Kindertagesstätten „Starterklassen“ eingerichtet und wenn ja, an welchen? Welches Konzept liegt der „Starterklasse“ zugrunde?

Mit freundlichen Grüßen



Elke Leo

091:2317450

Beilage

7.6**Modellversuch „Starterklasse“**

hier: Dringlichkeitsantrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 21.07.05

Beschluss

des Schulausschusses

vom 21. Juli 2005

- öffentlicher Teil -

- einstimmig -

- I. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Freistaat Bayern / Staatsministerium für Unterricht und Kultus in Verhandlungen zu treten, um in der Stadt Nürnberg einen Modellversuch einer „Starterklasse“ für Vorschulkinder einrichten zu können.

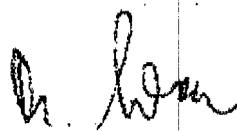
II. **Referat IV**

Der Vorsitzende



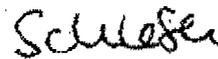
BM Förther

Der Referent



Dr. Wotz

Die Schriftführerin



Schlieber

Schulbürgermeister Klemens Gsell will besseren Unterricht für Migrantenkinder

«Starterklassen» sollen das Verständnis füreinander fördern

Schulbürgermeister Klemens Gsell will die Entwicklungsdefizite vor allem von Migrantenkindern durch die Ausweitung des Förderunterrichts ein Stück weit beheben.

In einem Gespräch mit der NZ kündigte er an, dass die Deutsch-160-Kurse ausgebaut werden sollen. Statt bislang 160 Stunden Deutschunterricht gibt es künftig in bestimmten Klassen 240 Stunden. «Vor der Einschulung oder im ersten Schuljahr», sagte Gsell. Mit «Starterklassen» sollen die Kinder besser an die Schule herangeführt werden. Dabei werden auch die Eltern verstärkt eingebunden.

«Ziel ist mehr Sprachförderung, Verbesserung der Motorik, aber auch die Vermittlung von Kenntnissen über andere Kulturkreise», forderte Gsell. Kinder mit einem russischen Migrationshintergrund wüssten zu wenig über den Ramadan türkischer Kinder. Diese wiederum hätten oft wenig Ahnung von Weihnachten. Zusammen säßen sie dann aber in einer Schulklasse. «Nachdem die Kinder aber keine gemeinsame Kultur haben, müssten sie mehr über die landsmannschaftlichen Unterschiede wissen», so der Schulbürgermeister. Mehr Wissen und ein besseres Sprachvermögen könnte das Zugehörigkeitsgefühl der Kinder zu ihren Klassen stärken.

«Wer sich versteht, fühlt sich auch in der Schule wohler. Wer gern in die Schule gehen soll, muss sich auch zugehörig fühlen. Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir die Schule organisieren, ohne an die Endverbraucher, die Kinder zu denken», sagte Gsell. Bei Aufbau der Starterklassen hofft Gsell auf die finanzielle Hilfe vom Freistaat. München habe Interesse signalisiert. In diesem Zusammenhang soll auch die Ganztagschule den Bedürfnissen von Schülern und Eltern angepasst werden. Der Ganztagschulbetrieb soll in echten Ganztageschulen zusammengefasst werden. Gsell schätzt, dass bis zu 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler in eine Ganztageschule gehen werden.

In den nächsten Jahren strebt das Schulreferat eine Qualitätsoffensive an den städtischen Schulen an. Die Stadt wird erst einmal eine genaue Evaluation durchführen und in diesem Rahmen sollen auch die Schüler befragt werden. Ein umfangreiches Fortbildungsprogramm für Lehrer soll dann den Verbesserungsprozess in den Schulen anstoßen.

Große Probleme werden der Stadt die Zunahme der Schülerzahlen bereiten, weil Räume fehlen. «Bislang stopfen wir mit Containern nur Löcher», sagte Gsell. Der Bedarf liege bei einem neuen Gymnasium, einer erweiterten Realschule und auch an den Hauptschulen würden durch die M-Zweige Schulräume fehlen. Was an Räumen frei wird, brauche die Ganztageschule. Auch sei die Versorgung der Schulen mit Schulsporthallen völlig unzureichend. Über zehn Einzelhallen fehlten, so Gsell: «Nürnbergs Sportflächen entsprechen nicht den Schulbaurichtlinien.»

Teuer dürfte auch die verstärkte Integration von Schüler mit erhöhtem Förderbedarf in «normale» Klassen werden, über die es in den vergangenen Monaten heftige Auseinandersetzungen gegeben hat. «Selbst wenn wir diese Integration politisch wollen, ginge es nur selten, denn die Schulhäuser sind in der Regel dafür nicht geeignet», sagte Gsell. Es fehle vor allem an Aufzügen. Woher das ganze Geld für die Baumaßnahmen und Verbesserungen im Schulbereich kommen soll, weiß auch er nicht: «Das kostet einen dreistelligen Millionenbetrag. Der Schulbereich muss aber offensiv seine Ansprüche vertreten.» Der Schulbürgermeister hofft dabei auf Unterstützung von Kämmerer Harald Riedel.

Politischen Ärger dürfte es allerdings mit Gsells Vorschlag geben, zu den drei Schulämtern zurückzukehren. «Angesichts des riesigen sozialen Sprengstoffs in den Haupt- und Förderschulen kann ein Amt den Gymnasialbereich nicht einfach mitmachen», sagte Gsell. Es würden immer mehr Fälle von verwahrlosten Kindern festgestellt.

Nachdem der Leiter des Amts für Volksschulen, Manfred Schreiner, Ende März in den Ruhestand geht, sollten Volks- und Förderschulen sowie Realschulen und Gymnasien in einem Amt für Allgemeine Schulen zusammengefasst werden. Das war ein Einsparungsbeschluss vor sechs Jahren. Gsell schlägt dagegen vor, zum Modell mit drei Schulämtern zurückzukehren. Der Berufsschulbereich, Volks- und Förderschulen sowie Realschulen und Gymnasien sollten angesichts der unterschiedlichen Probleme eigenständig organisiert werden. Eine Serviceebene als Anlaufstelle für Schüler und Eltern wäre den drei Schulämtern übergeordnet. Die SPD hat aber schon einmal die Vertagung des Beschlusses, der für die kommende Woche im Personal- und Organisationsausschuss vorgesehen war, beantragt.

André Fischer, 9.3.2009, NZ